



CDU ALTENBERGE

Benedikt Schulze Hülshorst
CDU-Fraktionsvorsitzender

Altenberge, 26.02.2024

Haushaltsrede der CDU-Fraktion Altenberge zum Haushalt 2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Reinke,
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber die Situation um uns herum ist wahrlich nicht ruhiger geworden. In der Ukraine und im Nahen Osten toben Kriege und die Welt scheint ohnmächtig geworden zu sein. Alte Bündnisse sind nicht mehr die, die sie mal waren und Populisten wie Donald Trump stellen sie mittlerweile öffentlich in Frage. Diese Krisen sind nur die Spitze des Eisberges und deshalb ist es gut, dass wir alle etwas dazu beitragen, unsere Demokratie zu bewahren und zu schützen. Wir haben eine standhafte und wehrhafte Demokratie, die dem Druck von Radikalen standhält, solange wir die Ängste, Nöte und Wünsche unserer Bürger sehen und auch auf sie eingehen. Eine ständig streitende Bundesregierung, Entschuldigung, dass ich es so deutlich sagen muss, scheint mit den Aufgaben, die vor ihnen liegen, überfordert zu sein und kann die Bevölkerung nicht mehr von sich überzeugen. Es wird nicht gelingen, Probleme zu lösen, indem man sie ignoriert und aufgebrauchte Landwirte, Unternehmer und Mittelständler, welche zu Recht ihren Unmut kundtun, in die rechte Ecke zu drängen versucht. Nein, wir sollten die Probleme der Bevölkerung ernst nehmen.

Gleichwohl gibt es politische Parteien, wie die AFD, die Tendenzen in die Rechtsradikalität aufweisen. Hier haben wir am 27. Januar gemeinsam mit 1500 Altenbergerinnen und Altenbergern, Menschen quer durch alle Vereine und Initiativen, aller Generationen und Parteien, ein starkes Zeichen gesetzt. Wir haben hier in Altenberge eine funktionierende Sozialgesellschaft mit vielen Verbänden und einer vielfältigen Vereinsstruktur, in der wir mit mitnichten Angst haben müssen um unsere Grundwerte einer freiheitlichen Demokratie.

Am 11. Dezember 2023 brachte Bürgermeister Karl Reinke den Haushalt für das Jahr 2024 ein. Damit bekamen wir nun die Gewissheit: der Vorschlag des Bürgermeisters, die Grundsteuern A, B und die Gewerbesteuer auf die fiktiven Hebesätze des Landes NRW erhöhen zu wollen, wurde offiziell eingebracht. Dies ist die erste Steuererhöhung für Altenberge seit 12 Jahren. Leider gab es mit der Einbringung des Haushaltes nicht einen einzigen substanziellen Einsparvorschlag des Bürgermeisters. Bei der Einbringung lag das Defizit, unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Steuererhöhungen, bei - **3,61** Mio. €.

Unser Kämmerer Stephan Wolff brachte uns dann die neuesten Zahlen mit. Er legte, wie immer vorsichtig angenommen, das erwartete Gewerbesteueraufkommen vor. 11,6 Mio. € Gewerbesteueraufkommen zeigt, wie ausgewogen solide unsere heimischen Unternehmen wirtschaften. Zusätzliche Einnahmen in Höhe von 7,6 Mio.€ dürfen wir der Einkommenssteuer zurechnen. Aufwendungen von rund 41 Mio. € stehen Erträgen in Höhe von 37,6 Mio. € gegenüber. Man muss wieder einmal festhalten: es stehen höhere Ausgaben als Einnahmen zu Buche und das nicht zum ersten Mal. Dieser Fehlbetrag muss kompensiert werden.

Hier sind wir dankbar für die Erstellung einer Liste mit den freiwilligen Leistungen der Gemeinde. Auch wenn es, ich nenne es mal „Irritationen“, zu dieser Liste gab, ist es wichtig zu wissen, welche Leistungen wir „freiwillig“ zahlen. Freiwillige Leistungen an Vereine und Verbände stehen für uns nicht zur Disposition.

Gerade, weil wir das Ehrenamt und die vielfältige Vereinslandschaft in Altenberge so sehr schätzen, waren wir umso geschockter, dass diese Positionen im neuen Ansatz auf null gesetzt wurden. Und ich muss es nochmal deutlich sagen: Hier sehen wir den Bürgermeister in der alleinigen Verantwortung, er ist Bürgermeister und Vorsitzender des Hauptausschusses und somit allein verantwortlich für die Veröffentlichung dieser Liste mit diesen Ansätzen. Erhellend ist diese Liste vor allen, um Leistungen und Aufgaben ausfindig zu machen, welche wir als Kommune uns noch leisten können und wollen. Viele Ausgaben beziehen sich auf Förderungen, um Anreize zu gewollten Entwicklungen voranzutreiben. Ich nenne hier beispielhaft die Förderung von Balkonkraftwerken oder einen Tag der alternativen Mobilität. Ausgaben, welche bei einer guten Haushaltslage möglich sind, die aber bei schwieriger werdenden Umständen auf den Prüfstand gehören und zuweilen auch eingespart werden dürfen. Allein ein zu erstellendes Begrünungskonzept schlägt mit 40.000 € zu Buche. Müssen wir dieses Geld alleine für die Bestands- und Potentialanalyse, welche für die Aufstellung des Konzeptes notwendig ist, denn wirklich in diesen schwierigen Zeiten verbrauchen? In der Hauptausschusssitzung am 19.02., also letzten Montag, wurde über die Liste der freiwilligen Leistungen final abgestimmt.

Mit Erstaunen und reichlich Unverständnis mussten wir hinnehmen, dass der erste Teil der freiwilligen Leistungen im Block abgestimmt wurde. Hier hätten wir auch noch Einsparpotenziale gesehen. Zum Beispiel das genannte Begrünungskonzept oder auch die Bezuschussung des E-Bike-Sharing-Angebotes. Ich hätte mir gerne erklären lassen, warum die Altenbergerinnen und Altenberger aus Steuermitteln 38.000 € für 12 Leihfahrräder bezahlen sollen und das jährlich.

Bei den Ansätzen, wo eine Anpassung beziehungsweise Streichung oder Verschiebung laut Verwaltung möglich wäre, haben wir z.B. für die Streichung der Förderprogramme der Balkonkraftwerke und der Photovoltaikanlagen auf dem Dach gestimmt.

Diese Förderprogramme sind für die Bürger ein Mitnahmeeffekt aber doch kein Entscheidungskriterium, ob ich eine Anlage anschaffe oder nicht. Für den Einzelnen macht hier eine Förderung bis zu 500 € aus. Für die Gemeinde machen die beiden Töpfe zusammen 48.000 € aus. Geld, was wir gerne einsparen oder in andere Bereiche geben würden. Leider ist hier der Wille der rot-grünen Rathauskoalition, echte Einsparungen vorzunehmen, nicht vorhanden. Lediglich eine Reduzierung von 500 € des Fördertopfes für Balkonkraftwerke also von 8.500 € auf 8.000 € zuzustimmen, zeigt uns, ein wirklicher Wille zum Sparen ist nicht vorhanden. Wir haben dieses Jahr nur einen Antrag gestellt, der zu Lasten des Haushalts geht und zwar die Erhöhung des Ansatzes für neue Spielgeräte auf den Spielplätzen von 50.000 € auf 100.000 €. Hier könnte das eingesparte Geld der PV-Förderung sinnvoll in Projekte für unsere Kinderspielplätze eingesetzt werden. Wir haben die Firma NTS aus Münster beauftragt, ein Konzept für zukunftsfähige Spielplätze zu erarbeiten. Dieses braucht seine Zeit, sicherlich, aber wenn etliche Spielgeräte in 2023 abgebaut wurden, weil sie nicht mehr den Sicherheitsvorschriften entsprachen, müssen wir mit Sofortmaßnahmen zumindest einige Spielplätze wieder herrichten, um unseren Kindern gerecht zu werden. Dass hierzu die Grünen Fraktionsspitze verlauten lässt "Die Kinder müssen Geduld haben.", spricht für sich und zeigt, wie weit sie sich von der Wirklichkeit entfernt haben. Erklärt doch mal bitte einem Fünfjährigen, dass erst das Konzept fertig sein muss, bevor die neue Rutsche oder das Klettergerüst auf den Spielplatz gestellt werden kann. Ein weiteres Thema, was wir nur noch schwer bis gar nicht mehr nachvollziehen können, ist der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos. Seit Mitte 2021 beschäftigen wir uns mittlerweile hiermit. Es gab Ratsbeschlüsse mit der Möglichkeit zur Förderung der Ladeinfrastruktur, Eigenmittel für die Gemeinde damals rund 14.000 €. Nach etlichem Hin und Her und erneuten Beratungen standen dann auf einmal im Haushaltsplan für 2024 ein Ansatz von unglaublichen 142.000 €!

Wir haben hierzu einen Antrag gestellt, die Ladeinfrastruktur öffentlich auszuschreiben, um endlich im Sinne des Klimaschutzes voranzukommen und die Kosten für die Kommune gering zu halten. Wir sind gespannt, wie es weitergeht.

Wie anfangs schon gesagt, die Förderung unseres Ehrenamtes in der vielfältigen Vereinslandschaft hat für uns eine hohe Priorität. Deshalb haben wir in unserer Haushaltsklausurtagung ein großes Augenmerk auf Einsparungen gelegt und das nicht nur bei den freiwilligen Leistungen.

Die Liste mit Einsparpotenzialen ist aus Sicht der CDU lang und hierzu haben wir etliche Fragen zum Haushalt an unseren Kämmerer gestellt. Erfreulich ist, dass unsere Fragen zu einzelnen Haushaltsposten dazu geführt haben, dass mehrere Positionen gestrichen oder geschoben werden konnten. Als Beispiel genannt seien die Sanierung der Asphaltstraße zu Sumpelmanns Teich mit 200.000 €, der Wanderweg um Sumpelmanns Teich mit einer Reduzierung von 105.000 €, die Verschiebung der Sanierung eines Hauses an der Bahnhofstraße mit 175.000 € oder die Streichung der Neuanschaffung des Mobiliars im Bürgerhaus für 42.500 €. Ich für meinen Teil sitze noch gut auf diesem Stuhl, auch wenn es manchmal reichlich lange ist. Sehr erfreulich ist zudem, dass die Fachbereiche ihre Ausgaben kritisch hinterfragt haben, und somit noch zusätzliche Einsparmöglichkeiten gefunden werden konnten. Alleine durch diese Einsparungen bräuchten wir keine Steuererhöhungen für unsere Gewerbetreibenden und Eigenheimbesitzer. Höhere Belastungen sind alleine durch Strom-, Heiz- und Tankkosten schon da und belasten zusätzlich schon jeden Einzelnen.

Um uns finanziell handlungsfähig zu halten und uns Spielraum für strategische Entwicklungen nicht zu verbauen, sollten wir vorrausschauend bedenken, dass wir für die beiden Großprojekte der Gemeinde bald voraussichtlich 1,5 Mio. € an Zins und Tilgung jedes Jahr zu begleichen haben. Die Schule und der Rathaus-Neubau sind für uns wichtige Standortfaktoren für eine Gemeinde.

Die neue Grundschule befindet sich im Bau und wir freuen uns, wenn sie zum Schuljahr 2025/2026 fertiggestellt wird. Hier können wir unseren Kindern zukunftsorientiert den Start ins Schulleben ermöglichen. Das mehr als großzügige Raumkonzept bietet auch außerschulischen Veranstaltungen reichlich Entfaltungsmöglichkeiten.

Das Rathaus ist neben der Schule das zweite Großprojekt, welches wir voll und ganz unterstützen. Eine Verwaltung muss sich heute, genauso wie private Firmen, als attraktiver Arbeitgeber präsentieren. Multispaces und Flexible Arbeitsumgebungen sind heute neben Teilzeitmodellen die Grundlage, um eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu gewährleisten.

Weitere Entwicklungen für die Zukunft stehen schon an der Tür und klopfen an. Das Feuerwehrgerätehaus entspricht nicht den heutigen Ansprüchen und es tun sich eklatante Mängel auf. Die fehlende Schwarz-Weiß-Trennung ist nur einer von mehreren Mängeln, welcher nach unserer Auffassung nicht wieder erst ein Konzept braucht, sondern ein sofortiges Handeln. Deshalb haben wir trotz der schwierigen Haushaltslage einen Sonderposten für die Feuerwehr gefordert. Das sind gut investierte 110.000 € zum Schutz unserer Feuerwehrleute. Hier konnten wir uns bei der Besichtigung vor 3 Wochen ein gutes Bild von der hochmotivierten Feuerwehr machen. Mitten in der Besichtigung gab es Vollalarm und es wurde zu einem Großbrand in die Bauernschaft Westenfeld ausgerückt. Ein beeindruckendes Erlebnis mit Gänsehautfaktor. Ein großes Dankeschön an die gesamte Wehr für ihren unermüdlichen Einsatz an 365 Tagen, 24 Stunden für Altenberge.

Zu den Großprojekten gehört sicherlich auch der Bahnhofshügel. Bis auf die Tatsache, dass wir jetzt einen gültigen Bebauungsplan haben und ein Konzept für den Grünflächenanteil, hat sich leider nicht viel getan. Anders sieht es im Rönenthal III aus, hier sind die ersten Bürgerinnen und Bürger in ihre Häuser eingezogen und das letzte Teilstück des Baugebietes wird über ein Konzeptvergabeverfahren vergeben.

Das Wohngebiet beinhaltet eine vielfältige Mischung aus unterschiedlichen Gebäudetypen, denen gestalterische, energetische und soziale Kriterien zu Grunde liegen. Die vorgestellten Pläne überzeugten uns von ihrem ausgewogenen Zusammenspiel von Architektur und Funktionalität. Zudem werden die kompletten 28 Wohneinheiten als öffentlich geförderter Wohnraum geschaffen. Ich glaube, das spricht ganz klar dafür, liebe Grüne und SPD, dass wir keine interkommunale Wohnungsbaugesellschaft brauchen, die unseren Haushalt zusätzlich belasten würde. Wir von der CDU sehen hier die freie Wirtschaft und unsere Unternehmer als Handelnde, die es alleine und schneller umsetzen als eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft. Anders sieht es mit der Notunterkunft am Friedensweg aus. Hier sind wir in der Verantwortung, und hoffen, dass die Unterkunft Ende März fertiggestellt sein wird. Wir hören von immer mehr Geflüchteten und der daraus resultierenden Mehrbelastung für die einzelnen Fachgebiete im Rathaus. Durch die Erstellung der Notunterkunft hoffen wir zumindest, dass die teils schwierige Frage der Unterbringung von Schutzsuchenden etwas leichter wird. Im Gespräch mit unserer Sachgebietsleiterin, Ingrid Menden, wird einem erst klar, welche starken Belastungen unsere Verwaltung in den letzten Jahren ausgesetzt war und weiterhin ist. Corona und die Flüchtlingskrise sind da nur die Spitze des Eisberges. Quasi nebenbei wird ein „Blackout-Flyer“ erstellt. Szenarien werden mit dem örtlichen DRK, DLRG, Ärzten, Apotheken, sozialen Trägern, einem Supermarkt und einer Tankstelle durchdacht. Eine Notfallunterbringung in der Gooiker Halle und die Notstromversorgung sind nur einige Punkte dieser Notfallliste. Ich möchte hiermit meinen Respekt und meine Anerkennung angesichts dieser enormen Leistung aussprechen. Danke! Natürlich sind wir auch allen anderen Fachgebieten zu Dank verpflichtet für ihre Arbeit und ihren Einsatz für Altenberge. In diesem Zusammenhang kann ich mich an eine passende Aussage erinnern: „Ich tue das, weil ich möchte, dass es in Altenberge weiter vorangeht.“ Solche Gespräche mit der Verwaltung zeigen, wie wichtig es ist, die offene Kommunikation zu suchen. Miteinander zu reden ist immer besser und zielführender als übereinander zu reden!

Gut, dass wir jetzt wieder einen direkten Draht zu unseren Fachgebietsleitern führen dürfen, das war ja leider nicht immer so.

Viele Aufgaben liegen noch vor uns. Zumindest sehen wir so einige Handlungsfelder, wo wir die Gemeinde weiter voranbringen müssen. Der Stillstand in den Gewerbegebieten ist offensichtlich. Rückgaben von Gewerbegrundstücken hat es ja leider auch schon gegeben und in Gesprächen kommt man schnell zu dem Thema zusätzliche Belastungen durch höhere Auflagen. Hier müssen wir die Vorgaben für unsere bauwilligen Gewerbetreibenden wieder auf ein normales Niveau setzen. Die wirtschaftliche Situation hat sich geändert und somit braucht es wieder umsetzbare Vorgaben, die bezahlbar sind. Jetzt müssen wir als Kommune reagieren. Und das sollte bestimmt nicht durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer geschehen, sondern durch Entlastungen. Das Baugebiet Bahnhofshügel liegt seit der Kommunalwahl 2020 sozusagen im Dornröschenschlaf. Es wird immer von Seiten der Grün-Roten Fraktion bemängelt, dass es zu wenig Wohnraum in Altenberge gibt. Nun teilt der Bürgermeister mit, dass in 2025 die ersten Wohnungen entstehen sollen. 5 Jahre für Umplanungen, Konzept Erstellungen und nochmals Planungen. Zumal man sich fragen kann, was hat das alles gebracht, außer dass Bauwillige Altenbergerinnen und Altenberger mittlerweile für das lang ersehnte Eigenheim oder die Eigentumswohnung tiefer ins Portemonnaie greifen müssen. Quasi nebenbei kam jetzt Ende Januar die Mitteilung des Bürgermeisters, dass für das Nahwärmenetz kein Versorger gefunden wurde. Damit nicht genug, auch bei der energetischen Modernisierung der Kläranlage gibt es erste Zweifel, ob sie umsetzbar ist. Werden die Fördermittel aus Berlin nicht fließen, und danach sieht es momentan aus, wird auch dieses Projekt wohl nicht umgesetzt werden. Immer wieder klappt zwischen Anspruch und Wirklichkeit eine riesige Lücke. Eine Lücke welche zu schließen ist, stellt das Gelände der Johannes-Grundschule dar.

Das Quartier der Generationen steht auf der politischen Agenda. Es wurde ein Beirat gegründet und zwar mit der Beteiligung vieler Vereine und der Politik, um die besten Möglichkeiten des Quartiers herauszuarbeiten und das Ergebnis offen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

beim Blick in den diesjährigen Haushalt hebt sich bei mir nicht die Stimmung. Der Kämmerer geht in den nächsten Jahren von keinen strukturell ausgeglichenen Haushalten aus. Die Haushaltssicherung für die Zukunft wird nicht mehr ausgeschlossen. Falls sich die Parameter verschlechtern, spricht der Kämmerer offen über eine mögliche Haushaltssperre schon in diesem Jahr. Da wird mir doch schon etwas mulmig zumute. Schon letztes Jahr haben wir angemahnt, dass es schwieriger werden kann. Da kam von den Grünen nur: „Altenberge ist ganz weit davon entfernt, in schwieriges Fahrwasser zu geraten.“ Ich glaube, wir sind schon mittendrin und müssen endlich gegensteuern. Diese Entschlossenheit dazu fehlt uns gänzlich von Seiten des Bürgermeisters und der Grün-Roten Mehrheit. Mitzugehen bei Steuererhöhungen und somit den Bürgerinnen und Bürgern sowie unseren Gewerbetreibenden noch weitere Mehrbelastungen aufzubürden, halten wir für nicht richtig. Erst muss gespart werden!

Deshalb lehnen wir den Haushalt 2024 ab. Dem Stellenplan hingegen können wir zustimmen.

Für die CDU-Fraktion möchte ich dir, Stefan Wolff, für die Aufstellung des Haushalts und für alle Beratungen und Erläuterungen sehr herzlich danken. In diesen Dank schließen wir auch alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeinde ein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Benedikt Schulze Hülshorst